



Grafik: Shutterstock/Vitaly Art

Von Johannes Hillje

Der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz hat nach einem Jahr im Amt mehr vorzuweisen, als so manche mediale Zwischenbilanzierung es vermuten lässt. In den Umfragen ist die Union mit komfortablem Vorsprung die stärkste Kraft. In einem zunehmend fragmentierten und dynamischen Parteiensystem wäre das keine schlechte Ausgangslage für die nächste Bundestagswahl. Nach oben zeigte die Kurve der Union erst wieder, als Merz die Partei übernommen hatte. Mit Unzufriedenheit über die Ampel ist der Wiederaufstieg allein nicht zu erklären. Im vergangenen Jahr erbrachte die Merz-CDU zweimal den Beweis, dass sie nach dem vermasselten Laschet-Wahlkampf wieder kampagnenfähig ist: Bei der AKW- und der Bürgergeld-Debatte hatte die Union am Ende die öffentliche Meinung auf ihrer Seite, Einfluss auf die Entscheidung der Ampel genommen und an Profil gewonnen. Ein Verdienst von Friedrich Merz.

Es gibt allerdings auch eine Reihe von Kennzahlen, die sehen für die CDU nicht berauschend aus. Und das sind nicht nur die Sympathiewerte des Parteivorsitzenden. Beispiel Wirtschaftskompetenz: Die Forschungsgruppe Wahlen fragt jeden Monat, welche Partei die Menschen für am kompetentesten in der Wirtschaftspolitik halten. Im Verlauf der 16 Jahre Merkel-Kanzlerinnenschaft antworteten im Durchschnitt 40 Prozent der Wahlberechtigten: CDU/CSU. Noch ein Jahr vor der Bundestagswahl 2021, im ersten Coronawinter, lag dieser Wert bei stolzen 55 Prozent. Seit Merz die CDU führt, halten durchschnittlich nur 22 Prozent die Union für am wirtschaftskompetentesten.

Ähnliches Bild bei der Schaffung von Arbeitsplätzen: Ein Jahr vor der jüngsten Bundestagswahl hielten mehr als 40 Prozent die Union in diesem Bereich für die fähigste Partei. Ein Jahr nach der Wahl, im November 2022, waren es nur 24 Prozent. Weiter mit der Sozialpolitik: Auf Merz's letzten Metern im Amt bescheinigten 30 Prozent der Union die höchste Kompetenz, fünf Prozentpunkte mehr als der SPD.

Mittlerweile liegt die Union nur noch bei 20 Prozent, die SPD hingegen bei 31 Prozent. Und bei der Rentenpolitik ist der Absturz der Kompetenzwerte der Union sogar noch dramatischer.

Gewiss, in der Opposition lässt sich Kompetenz nur schwer unter Beweis stellen. Andererseits prägen finanzielle Sorgen und soziale Ängste die Stimmung im Land, die Inflation ist im Portemonnaie spürbar, vor einer Wirtschaftskrise wurde lange Zeit gewarnt. Ein Kontext, in dem die Unionsparteien ihre ökonomische Kompetenz, wenn

”

Zum CDU-Problem gehört jedoch auch, dass den Beschlüssen von Weimar die zündende Idee fehlt. Allein die Überschrift „Wirtschaftspolitik, Energiepolitik und Klimapolitik als Einheit verstehen“ klingt mehr wie eine nachholende Erkenntnis als ein großes Versprechen.

auch nicht operativ, zumindest kommunikativ ausspielen müssten. Wahrnehmbar war die Union jedoch allzu oft auf anderen Feldern und mit schrillen Tönen: „Sozialtouristen“ aus dem Ukraine-Krieg, „Klimaterroristen“ auf den Straßen, „kleine Paschas“ aus migrantischen Milieus oder „Wokeness“ als Demokratiegefahr aus der linken Ecke. Merz weiß, wie man Debatten auslöst, allerdings wählt er regelmäßig den falschen Ton für das falsche Thema.

Sein strategischer Fehler: In der krisenverunsicherten Gesellschaft gibt es eine Hinwendung zum Materiellen, auf die die Union mit einer Thematisierung des Kulturellen reagiert. Das ist auch deshalb schwer nachzuvollziehen, weil die Union selbst jene Themen, die eng mit der Zukunft des Wirtschaftsstandorts verknüpft sind, kulturalisiert und deren Lösung damit erschwert. So argumentierte sie gegen die Einbürgerungsreform der Ampel, die auch die Fachkräftenwerbung erleichtern soll, dass damit ein Teil der Identität der Deutschen abgewer-

freitungsschlag werden. Sie wurde schließlich aber zum Prototypen des gegenwärtigen CDU-Problems: Die Klausur „ließ etwas aus dem Ruder“, berichtete die Welt. Merz' diskriminierende Einlassungen über Kinder aus Migrantenfamilien im Sessel von Markus Lanz hätten im Vorstand „Fragen“ aufgeworfen und damit den geplanten Ablauf torpediert. Wieder einmal machte die CDU eher mit kontroversen Aussagen ihres Vorsitzenden als mit inhaltlichen Ideen der Partei über sich reden. Polarisierung übertönt Programmatik.

Nun sollte die Vorstandsklausur vor zwei Wochen in Weimar zu einem wirtschaftspolitischen Be-

freitungsschlag werden. Sie wurde schließlich aber zum Prototypen des gegenwärtigen CDU-Problems: Die Klausur „ließ etwas aus dem Ruder“, berichtete die Welt. Merz' diskriminierende Einlassungen über Kinder aus Migrantenfamilien im Sessel von Markus Lanz hätten im Vorstand „Fragen“ aufgeworfen und damit den geplanten Ablauf torpediert. Wieder einmal machte die CDU eher mit kontroversen Aussagen ihres Vorsitzenden als mit inhaltlichen Ideen der Partei über sich reden. Polarisierung übertönt Programmatik.

Zum CDU-Problem gehört jedoch auch, dass den Beschlüssen von Weimar die zündende Idee fehlt. Allein die Überschrift „Wirtschaftspolitik, Energiepolitik und Klimapolitik als Einheit verstehen“ klingt mehr wie eine nachholende Erkenntnis als ein großes Versprechen. Viele Punkte bleiben in dem zehnteiligen Papier eher vage, sind konzeptionell meist altbekannt (Bürokratieabbau, Innovationsförderung, technologische Souveränität, wettbewerbsfähige Steuern

und dergleichen) und lassen an den Stellen, wo sie sich von der Ampel eindeutig abgrenzen (etwa mehr Fokus auf CO<sub>2</sub>-Speicherung als auf Emissionsreduzierung) wichtige Fragen offen (etwa wie man denn dann die Klimaziele, die ja vor allem Emissionsreduktionsziele sind, erreichen will). Ein neues und nachhaltiges Wirtschaftsmodell für Deutschland schält sich aus dieser Erklärung noch nicht heraus.

Das neue Grundsatzprogramm der CDU soll bis 2024 fertiggestellt werden. Diese Zeit sollte man der Partei geben. Sie sollte die Zeit aber auch gut nutzen und beispielsweise die empirischen Daten der Konrad-Adenauer-Stiftung über die eigenen Wählerverluste bei der Bundestagswahl 2021 gründlich studieren. Dort erfährt man, dass die abgewanderten Wählerinnen und Wähler der Partei keine Problemlösungen mehr zutrauen und sie nicht auf der Höhe der Zeit sehen. Man erfährt auch, dass nur ein kleiner Teil der Verprellten findet, dass die Union zu wenig an konservativen Werten und Tugenden festhalte oder sich zu stark auf Minderheiten konzentriere. Ferner gaben auch nur 46 Prozent der tatsächlichen Unionswählenden an, sich selbst als konservativ zu verorten – und das bei einer Wahl, bei der die Union ohnehin schon 2,5 Millionen Stimmen an SPD und Grüne verlor.

Alles das spricht nicht dafür, dass die CDU kulturkampffähiger werden muss. In einem Überbietungswettbewerb mit dem rechten Rand kann die CDU wenig gewinnen, Richtung politischer Mitte aber umso mehr verlieren. Parteimitglieder wie Hans-Georg Maaßen sind keine einzufangenden Irrläufer, sondern längst Überläufer in das Milieu der AfD. In der Mitte läuft hingegen ein Wettbewerb um die wirtschaftspolitische Vorherrschaft im Land. Erfolgreich kann die CDU dabei nur als erneuerte Wirtschaftspartei und nicht als neue Winnetoupartei sein.

Dr. Johannes Hillje arbeitet als Politik- und Kommunikationsberater in Berlin und Brüssel.

## Haupt- und Staatsaktionen



Von Günter Bannas

Man könne doch Kandidaten, die einen Wahlkreis gewonnen hätten, den Einzug in den Bundestag nicht verweigern, lautet das Hauptargument der Gegner des SPD/Grünen/FDP-Gesetzentwurfes zur Begrenzung der Zahl der Abgeordneten. Tatsächlich könnte es nach dem Plan der Ampelpartner so kommen, immer dann, wenn eine Partei in einem Bundesland mehr Direktmandate gewinnt, als ihr nach den sogenannten Zweitstimmen zustehen. Den Wahlkreissiegern mit den wenigsten Stimmen wäre der Weg nach Berlin versperrt. Doch was heißt das, jemand habe seinen Wahlkreis gewonnen?

Beispiel 1 – Wahlkreis 15 in Mecklenburg-Vorpommern, jener Wahlkreis, den 2017 Angela Merkel mit 44 Prozent gewann. Vier Jahre später wurde dort die junge SPD-Kandidatin Anna Katharina Kassautzki gewählt – mit gerade einmal 24,3 Prozent der Stimmen. Beispiel 2 – Wahlkreis 95 in Köln. Die meisten Erststimmen erhielt Rolf Mützenich, der SPD-Fraktionsvorsitzende: 29,9 Prozent. Die Grünen-Direktkandidatin Katharina Dröge – sie kam über die Landesliste in den Bundestag und ist nun Ko-Fraktionsvorsitzende – erhielt 28,3 Prozent. Bei den Zweitstimmen aber kehrten sich die Verhältnisse um. Die Grünen kamen auf 28,8 Prozent, die SPD bloß auf 25,8 Prozent. Wer ist denn da der Wahlsieger?

Direktkandidaten sind für die Parteien wichtig. Sie sind Repräsentant, Vertreter und zugleich Ohr und Sprachrohr. Doch ohne ihre Partei kommen sie nicht aus. Seit Urzeiten ist kein parteiungebundener Politiker mehr in den Bundestag gewählt worden. Beispiel 3 – Bonn, 1969. Der damals überaus beliebte und langjährige CDU-Oberbürgermeister Wilhelm Daniels wollte in den Bundestag; seine Partei aber stellte ihn nicht auf. Daniels kandidierte als Unabhängiger. Er schlug sich achtbar – 20,1 Prozent. Gewählt wurde nicht er, sondern Alo Hauser (CDU) mit 37,9 Prozent. Natürlich ragen manche direkt gewählte Abgeordnete qua Bekanntheit heraus – der kürzlich verstorbene Hans-Christian Ströbele aus Berlin-Kreuzberg etwa, der erste Grüne, der einen Wahlkreis gewann. Doch siehe da – Beispiel 4: Zuletzt gewann die Grüne Canan Bayram den Wahlkreis mit 37,9 Prozent und zwar fast genauso gut wie einst Ströbele (39,9).

In der Regel aber macht das Publikum keinen Unterschied, ob Abgeordnete direkt oder über eine Landesliste in den Bundestag gewählt wurden. Trotzdem fühlen sich die sogenannten Wahlsieger – oft mit medialem Zuspruch – als etwas Besseres, so als seien sie nicht auf ihre Partei angewiesen, anders als ihre Kollegen, die über die Landeslisten in den Bundestag kommen. Manche von ihnen begründen ihr Abweichen von Parteibeschlüssen mit dem direkten Mandat ihrer Wähler. Sie unterliegen einer Lebenslüge. Sie sollten Demut zeigen. Wenn eine Partei mehr Direktmandate gewinnt, als ihr nach der Zweitstimme zustehen, ist das auch ein Beleg dafür, dass die Kandidaten es versäumten, die Politik ihrer Partei zu vermitteln. Warum also sollten die, denen das am wenigsten gelingt, in den Bundestag kommen? Der Gesetzentwurf der Ampelfraktionen zieht die Konsequenz. Die Zweitstimme soll künftig „Hauptstimme“ heißen.

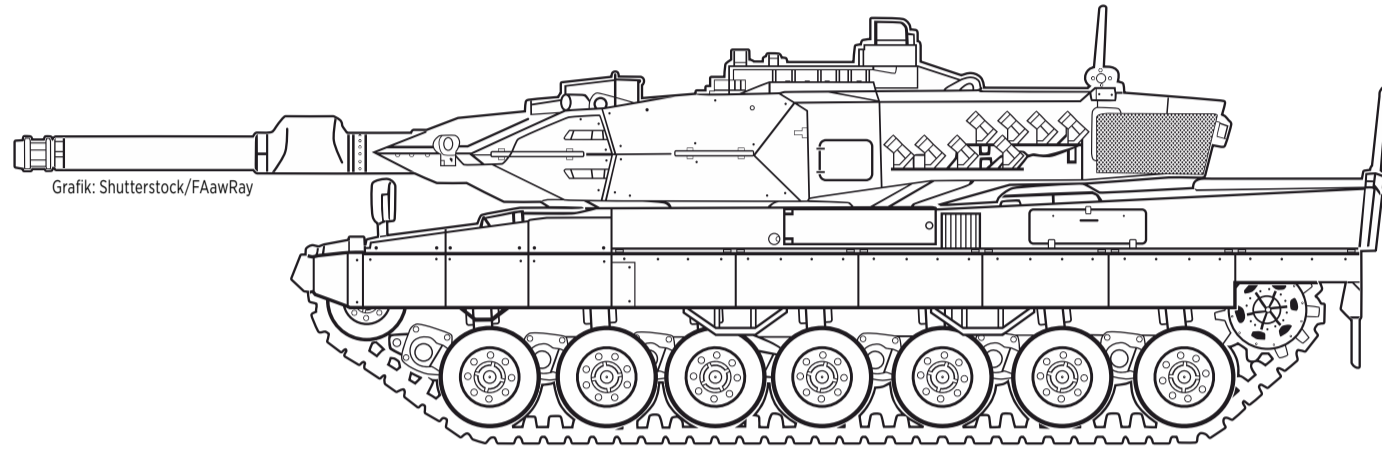
Günter Bannas ist Kolumnist des Hauptstadtbriefs. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.



Von Frank Hofmann

## Schwerfällig, kompliziert und mit wenig Verständnis

Trotz der späten Kehrtwende: Bundeskanzler Scholz hat mit seinem Leopard-Abrams-Junktim der europäischen Sicherheit einen Bärendienst erwiesen



Grafik: Shutterstock/FAawRay

P lötzlich soll es ein großer Schachzug von Bundeskanzler Olaf Scholz gewesen sein. Auch die USA geben Kampfpanzer an die Ukraine ab. Erst die Pleite in Ramstein, das Gezerre um die Lieferung europäischer Leopard-2-Panzer, dann hurra: Der Kanzler hatte doch eine Strategie und hat nach politischen Gesprächen mit US-Präsident Joe Biden gegen den Willen von US-Verteidigungsminister Lloyd Austin und dem Pentagon dem US-Militär doch noch 31 Abrams für die Ukraine aus dem Kreuz geleierte. Beide Extremeinschätzungen haben mehr mit den Fieberkurven des Berliner Hauptstadt-Journalismus zu tun als mit den militärischen Notwendigkeiten in der Ukraine und ihrem Überlebenskampf gegen den Angreifer Russland. Und sie beschreiben das eigentliche Problem dieser Politik überhaupt nicht: Die verpasste Chance Europas, sich sicherheitspolitisch zu emanzipieren und auf eine Zeit mit weniger US-Unterstützung vorzubereiten.

Kiew bittet schon seit März 2022 um den Leopard 2. Seit den Befreiungen der Gebiete im Süden und im Osten der Ukraine ist den meisten Militärstrategen klar, dass die ukrainische Armee eine Chance gegen die russische Übermacht an Militärgerät und immer mehr mobilisierten Soldaten haben könnte. Der Schlüssel ist der „Kampf der verbundenen Waffen“. Vor allem die Befreiung der bis Anfang September russisch besetzten Gebiete in der Region Charkiw und die dortigen Kämpfe um die Kleinstadt Kupjansk haben gezeigt, dass die ukrainische Armee nach acht Jahren und vielen Ausbildungsgängen durch Ausbilderinnen und Ausbilder aus den USA und Kanada den hochmobilen Kampf beherrscht, zumal unterstützt durch Drohnen: also den klug koordinierten gemeinsamen Einsatz von Waffensystemen an der Front wie der Panzerhaubitze 2000, Schützen- und Spähpanzern und eben - Kampfpanzern.

Von denen hat Deutschland am meisten für die Streitkräfte in Europa produziert: rund 2000 Leopard 2. In Europa gibt es ausreichend Wartungskapazitäten und Logistik für

den Panzer aus deutscher Produktion. Der US-Abrams dagegen: schwerfällig, kompliziert zu warten und ein Spritfresser. Deshalb vor allem haben sich die US-Militärs zunächst gegen die Lieferung des US-Panzers in die Ukraine ausgesprochen. Dem deutschen Kanzler aber geht es um das politische Signal. Zuvor hatte Scholz gegenüber US-Parlamentariern am Rande des Weltwirtschaftsforums in Davos das Junktim formuliert: Der Leopard 2 könne nur rollen, wenn auch die USA Kampfpanzer an die Ukraine abgeben.

So kam es dann. Und Olaf Scholz macht der Welt klar, dass Europa mit diesem Bundeskanzler nicht auf eigene sicherheitspolitische Beine kommen wird. Denn mit ihrem Vorschlag der Bildung eines europäischen Leopard-2-Konsortiums für die Ukraine haben die Autoren Gustav Gressel, Rafael Loss und Jana Puglierin von der Denkfabrik European Council on Foreign Relations (ECFR) genau das im vergangenen September im Blick gehabt: „Der Leopard-Plan: Wie europä-

sche Panzer der Ukraine helfen können, ihr Territorium zurückzubekommen“, heißt das Papier, dessen Inhalt jetzt nach monatelangem Gezerre doch ins Werk gesetzt wird unter Berliner Führung. Allein die Überlegung des Papiers und von Ukraine-Experten wie Nico Lange von der Münchner Sicherheitskonferenz, dass damit Europa an Statur gewinnen könne bei der Hilfe für die Ukraine – das hat Bundeskanzler Scholz flugs zur Seite gewischt.

Und der Kanzler selbst? Der lässt bei der Regierungsaussprache im Bundestag am Mittwoch vergangener Woche in seiner Antwort auf zwei Fragen der koalitionsinternen Kritikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann von der FDP – womöglich ungewollt – tief blicken, wie er es so hält mit Europa. Offenbar mit Blick auf den schwierigen Partner in Warschau, sagt der deutsche Bundeskanzler doch tatsächlich: „Ein Satz noch zur Unterstützung durch viele andere. Das wird jetzt interessant werden“, so Scholz mit der ihm eigenen Süffisanz, „übrigens auch für diejenigen, die sich besonders

herorgetan haben, in öffentlichen Diskursen an der deutschen Innenpolitik teilzunehmen“, spricht der wahlkämpfende Ministerpräsident Mateusz Morawiecki von der recht-nationalistischen PiS-Partei in Polen. Morawiecki hatte kurz zuvor gedroht, den Berliner Export-Vorbehalt für den Panzer aus deutscher Produktion schlicht zu missachten. Scholz dann im deutschen Parlament: Seine Regierung werde sich kümmern, „dass (lat.) *hic Rhodus, hic salta*, heißt, dass man dann auch substanzvoll etwas beiträgt – darum werden wir uns bemühen“.

Das Problem ist: Scholz zeigt dort, wie wenig es ihm um Europa geht. Wie wenig der deutsche Kanzler bis heute über die Befindlichkeiten Ostmitteleuropas weiß. Das galt vor der russischen Invasion vom 24. Februar 2022, als Deutschland Nord Stream 2 genehmigte, obwohl Putin und der Krim völkerrechtswidrig annektiert und dann im Donbas einen Krieg angezettelt hatte – und das gilt heute noch. Scholz geht es nicht um Europa als solches, durchexerziert an diesem

Beispiel europäischer Verteidigungsidentität, um einen Neustart für die Europäische Union.

Zugegeben: Diese rechtsnationale Regierung in Warschau ist schwierig im Umgang. Und doch zeigt Scholz allzu deutlich sein Unverständnis gegenüber den Befindlichkeiten der EU-Freundinnen und -Freunde in Tallin, Riga, Vilnius über Warschau bis hin nach Prag und Bratislava, geschweige denn nach Bukarest und Sofia. Wer aber künftig Europa voranbringen will, der muss Ostmitteleuropa verstehen, dafür hat Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine gesorgt, denn Putin greift die Ukraine und Europa an.

Monatelang haben die baltischen Regierungen Berlin bearbeitet. Vorneweg Gabrielius Landsbergis, der konservative litauische Außenminister, Hand in Hand mit seinem ukrainischen Kollegen Dmytro Kuleba. Aus Tallin schreibt nach der positiven Leopard-2-Entscheidung der Generalsekretär im estnischen Außenministerium, Botschafter Jotanan Vsevio, er „liebe es, wenn ein

Plan in Erfüllung geht“, und denkt dabei wohl an den Vorschlag der europäischen Denkfabrik ECFR und ihren Leopard-2-Plan. Da schimmert dieser europäische Geist durch, an dem es der SPD und ihrem Bundeskanzler offenbar mangelt.

Bei der Union sieht es kaum anders aus. Die beiden kleineren Ampelpartner FDP und Bündnis90/Die Grünen haben hingegen eine sehr sensible Antenne gen Osten. In der SPD gelingt das offenbar mit Michael Roth gerade mal einem bekannteren Abgeordneten. Was bei Ralf Stegner und SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich als vermeintlicher Friedenswunsch daherkommt, ist nichts anderes als ein tiefes Unverständnis für die Ängste und Gefahren Ostmitteleuropas. Mützenich wird zudem ein Brief an die SPD-Bundestagsabgeordneten geschrieben, in dem er sich auch noch eine Breitseite gegen die deutsche Osteuropa-Forschung erlaubt. Diplomatische Verhandlungen würden vertraulich geführt und nicht „unter Einbeziehung angeblicher Expertinnen und Experten“. Wer so schreibt, dem fällt es schwer, jenen zuzuhören, die genauso bedroht sind von Russland wie die Ukraine: den Freundinnen und Freunden zwischen Riga und Prag.

Frank Hofmann

ist Journalist und Historiker mit den Schwerpunkten Europa, USA, Menschenrechte und internationale Beziehungen. Er arbeitet seit dem Fall des Eisernen Vorhangs zu den Ländern Ostmitteleuropas und Südosteuropas. Zuletzt als Korrespondent in Kiew nach Stationen in Sarajewo, Zagreb, Brüssel und Paris.

### IMPRESSUM

Der Hauptstadtbrief ist eine wöchentliche Publikation von PrinzMedien  
Verleger: Detlef Prinz  
Herausgegeben von Ulrich Deppendorf und Prof. Dr. Ursula Münch  
Chefredakteur: Lutz Lichtenberger, V.i.S.d.P.  
Kolumnen: Günter Bannas, Inge Kleopfer, Anne Wozorek  
Hauptstadtbrief Berlin Verlagsgesellschaft mbH  
Tempelhofer Ufer 23-24 • 10963 Berlin  
Telefon 030/21 50 54 00  
info@derhauptstadtbrief.de  
www.derhauptstadtbrief.de  
Redaktionsschluss 26. Januar 2023  
© Der Hauptstadtbrief 2023

## A – 13561



Von Inge Kleopfer

Es gibt nicht mehr viele, die so erzählen können wie Rachel Hanan. Die Holocaust-Überlebende Margot Friedländer natürlich noch, die vergangene Woche ein paar Tage vor dem offiziellen Holocaust-Gedenktag das Verdienstkreuz 1. Klasse verliehen bekam. Doch die meisten ihrer Zeitgenossen leben nicht mehr. Eine der wenigen ist jene Israelin mit rumänischen Wurzeln, die in den nordöstlichen Karpaten aufwuchs und eben Rachel Hanan heißt.

Hanan, die ihre Lagernummer auf ihrem linken Unterarm bis heute nicht entfernen ließ, hat das Unfassbare er- und überlebt, hat mehr ein halbes Jahrhundert eiserne geschwiegen, dann aber begonnen, sich ihrer Vergangenheit zu stellen, ist jetzt noch einmal ganz tief hinabgestiegen in das Damals und hat ihre Geschichte dem Journalisten und Autor Thilo Komma-Pöllath erzählt. Er hat ihren Weg nachgespürt, ist in ihre Vergangenheit nach Auschwitz gereist und hat ihre Erlebnisse und Gedanken aufgeschrieben. Das Buch wird eines der letzten zu dem dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte sein, die noch aus erster Hand entstehen können. Schon deshalb ist es so wichtig.

Hanans Schicksal ist eines der Unwahrscheinlichkeiten. Sie hat ja nicht nur Auschwitz, Bergen-Belsen, Duderstadt und Theresienstadt überlebt, sondern aus Zufall auch ein Bombar-

dement ihres Gefangenentransports und schließlich mit eisernem Willen bei einem Körpergewicht von gerade noch 25 Kilogramm den Todesmarsch. Sie hat als Fünfzehnjährige die grausige Trennung von ihren Eltern und jüngeren Geschwistern an der Rampe mit ansehen müssen, die Josef Mengele mit einer einzigen Andeutung seines Gehstocks direkt ins Gas schickte. Und schließlich hat sie das Überleben überlebt mit der ewig quälenden Frage, warum ausgerechnet sie diesen Höllen entkommen konnte. Vor 78 Jahren am 27. Januar 1945 wurde Auschwitz befreit, da war sie längst verschleppt. Am 9. Mai hatte das unmittelbare Grauen auch für sie ein Ende.

Die Außergewöhnlichkeit des Buches liegt nicht allein in der Wucht der Erzählung dessen, was Rachel Hanan erleiden musste. Sie liegt in der selten präzisen Beschreibung ihrer Gefühlswelt und ihrer Reflektion darüber. Sie rührt zudem aus den schonungslosen Fragen, die sie stellt – nicht nur Leserinnen und Lesern, sondern in erster Linie sich selbst. Und die um das kreisen, was das Menschsein bestimmt, das Böse wie

das Gute: Was ist die Menschenwürde? Was ist der freie Wille, der angesichts der totalen Entwürdigung zur Chimäre gerät? Unter welchen Extrembedingungen wird ein Mensch zum wilden Tier? Wer sind wir, wenn wir zu so etwas wie Ausschwitz fähig sind? Jeder Einzelne von uns?

Die Stärke sind zudem die Sätze, die sie ausspricht, solche, die man sich zu denken verbietet, etwa dass „Gut und Böse an einem Ort wie Auschwitz nicht so fein säuberlich getrennt waren“, wie man das glauben wollen würde.

Die Urkraft des Textes aber, der man sich kaum entziehen kann, liegt in seiner Versöhnlichkeit. Nicht des Opfers Rachel Hanan mit dem Tätervolk, sondern der Protagonistin mit ihrem Schicksal. Eine Versöhnung, die es ihr ermöglicht, am Ende einen Satz zu sagen, der aus dem Munde einer, die so tief in die Abgründe des menschlichen Verhaltens blicken musste, bis heute an ein Wunder grenzt: „Im Gegensatz zum Glauben an den einen Gott, der alles richtet, habe ich den Glauben an die Menschen nie verloren.“

Inge Kleopfer

ist freie Journalistin sowie Buch- und Filmautorin. Sie schreibt u.a. für die FAS und veröffentlichte bisher zahlreiche Bücher und mehrere Filme.

## Möllers



Postskriptum

Von Lutz Lichtenberger

Sogenannte Briefings (selbstredend nicht zu verwechseln mit dem Hauptstadtbrief), eigentlich kurze Besprechungen, im Journalismus-Neudeutsch gerne eher kleine Zeitungsausgaben, die den Anschein erwecken sollen, eine spezielle Zielgruppe werde mit noch spezielleren Informationen versorgt. Das „Juristische Informationssystem für die Bundesrepublik Deutschland“, kurz: Juris, sammelt Daten zu Rechtsprechung, Gesetzen und Verordnungen, wertet juristische Fachzeitschriften und weitere Literatur aus. 50,01 Prozent der Anteile gehören der Bundesrepublik Deutschland. Zuletzt ist es in die Schlagzeilen geraten, da auch Juris 2022 eine Journalismus-ähnliches Kurzunterweisung erfunden hat: *Libra – das Rechtsbriefing*. In einer Reihe von Artikeln in der *Frankfurter Allgemeinen* nahm sich Jochen Zenthöfer mit einiger Spottlust die ersten 36 Ausgaben vor und trug zusammen, wie nicht eben selten und an Satire grenzend wohlgefällig dort über Bundesjustizminister Marco Buschmann und andere Parteifreunde der FDP berichtet wird.

Nun soll Christoph Möllers, Staatsrechtler der Berliner Humboldt-Universität, ein Gutachten verfassen, das klärt, ob *Libra*, das von der mehrheitlich dem Bund gehörenden Juris GmbH verantwortete Angebot, zu staatsnah ist.

Ein anderes Möllers-Gutachten ist vor wenigen Tagen erschienen. Nach den antisemitischen Verwicklungen um die Kunstausstellung *documenta* in Kassel im vergangenen Jahr, sollte der Rechtsprofessor im Auftrag von Kulturstaatsministerin Claudia Roth klären, wie weit Kunstfreiheit gehen kann und wann der Staat eingreifen könne oder müsse. Möllers legte sein Demokratieverständnis mit allen politischen und rechtsphilosophischen Desinfektionsmitteln gewaschen bereits vor zwei Jahren in seinem *Tractatus-Preis-gekröntes Buch „Freiheitsgrade – Elemente einer liberalen politischen Mechanik“ (Suhkamp)* dar, im Interview mit der *Süddeutschen* fasste er es zuletzt in nuce so zusammen: Eine freiheitliche Verfassung schütze auch Meinungsäußerungen, „die uns schrecklich oder obszön erscheinen.“ Meinungs- und Kunstfreiheit seien nur so weit beschränkbar, wie sie andere Rechte verletzen: „Dass man sich antisemitisch oder rassistisch äußern darf, wirkt vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte wie ein Skan-

dal, aber es ist der Skandal einer liberalen Ordnung, die nicht alles rechtlich sanktioniert, was sie politisch verurteilt.“

Auch in der anderen anschließenden deutschen Debatte dieser Tage spielt Möllers eine nicht unerhebliche Rolle. Als Mitglied der „Kommission zur Reform des Bundeswahlrechts und zur Modernisierung der Parlamentsarbeit“ war er maßgeblich am derzeit diskutierten Entwurf (siehe dazu auch *Aus dem Bannskreis*) beteiligt. Schon im Mai vergangenen Jahres parierte er im FAZ-Interview elegant die heute so laut vorgetragenen Einwände – und fügte die bemerkenswerte nicht-juristische Erklärung für das Unbehagen jenseits des bloßen Wunsches der Abgeordneten, wiedergewählt zu werden, an: „Wir haben zu viel verfassungsrechtlichen Perfektionismus im System. Wir haben überhaupt zu viel Perfektionismus: Wir wollen Wahlkreise, Parteienrepräsentation, Länderproporz, alle nach dem Prinzip demokratischer Gleichheit.“

Eine Prüfung des *Libra-Falls* mutet im Vergleich dazu eher wie ein, nun, *Briefing* an. Aber der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Gutachten, die auch gegen eine der Regierungsparteien ausfallen könnten. Das ist das wohlwogene Wagnis, das er, um der Freiheit willen, immer wieder eingehen muss.